

...in das dritte Welt hundert Besetzung an der Regierung überzuführen.

Nach dieser Feststellung müßte die Präsidentschaft der Ebert und Scheidemann von ihrem "Dankebau" an wie ein kirchlicher Treppentritt der Weltgeschichte. Oh, Wilhelm von Hohenzollern konnte seine Wappenheimer von der SPD, dieses zerfallene, eitle, geld- und machtsüchtige Geschlecht ohne jeden parlamentarischen Stolz, auszuscheiden mit den verderblichsten Instinkten. Freiberlicher Emporkömmlinge um jeden Preis, auch um den des Arbeiterverrats. Er und seine Umgebung hatten diese moralischen Lumpenproleten vorzüglich durchschaut.

Im August 1914 übertrug er diese Schicksalsfrage mit der Phrasen: "Ich kenne keine Parteien mehr". Und dann drückte er gelegentlich dem geliebten Sempel Philipp die immergrüne Hand. Es ging wie geschmiert. Noch Jahre nach dem Weltkrieg bewiesen diese "Arbeitervertreter", daß sie wirklich und wahrhaftig den Metallarbeiterzeit im Januar 1918 schwürzten, weil S. N. und die D. S. U. es wünschten.

Es kam dann, wenige Tage nach diesem 29. September, der "Zusammenbruch". Die Scheidemannier waren inzwischen "Minister" geworden, und wenn nicht Wilhelm und Ludendorff ausgerissen wären, diese "Sozialdemokraten" würden heute noch "durchhalten". Als Wilhelm schon im Doorn lag, brachte der "Vorwärts" noch Inzerate für die Kriegsanleihe. Geschäft ist Geschäft!

Die großen "Führer" Ebert und Scheidemann aber hatten rascher die Konjunktur und ihre "geschichtliche Aufgabe" erkannt: Philipp mit der dürren Hand verflüchtete die glorreiche, herrliche, schwarz-rot-gelbe Republik.

Und dann "sanalisiert" sie die deutsche Revolution, mit ihrem "Dank" gegen den Bolschewismus", erbaut aus Tausenden von Arbeiterleichen.

Dieselben Leute hindern heute die Arbeiterklasse im Kampf gegen Steuern, Fülle, um menschenwürdige Entlohnung und den Achtstundentag die stärkste Waffe des Proletariats zu schmieden, die gewerkschaftliche Einheitsfront.

Dieselben Leute verschächern die deutschen Arbeiter in den Dawespakt und in den Garantiepakt hinein, hinein in die ewige Sklaverei und in den neuen Weltkrieg gegen den russischen Arbeiterstaat.

Deutscher Arbeiter erwache!
Es geht um deine Haut!

Die „gerechte“ Lastenverteilung im Reichstag

Berlin, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Montagsitzung des Reichstages wurde durch einen Aufruf des Präsidenten für unseren verstorbenen Genossen Eichhorn eröffnet. Auf dem Platz des Genossen Eichhorn hatte die kommunistische Fraktion einen Strauß roter Keffen mit Trauerslor niedergelegt.

Dann wurde in die Generaldebatte über die Steuererlässe eingetreten. Der deutschnationale Abgeordnete Oberholtzer gab namens der Rechtsparteien eine Erklärung ab, aus der hervorging, daß die Kapitalisten mit den Steuerermäßigungen und -befreiungen, die die Gesetze für sie enthalten, noch nicht zufrieden sind, daß sie unter der Devise von der "notleidenden Wirtschaft" nach weitere Steuerbefreiungen auf Kosten der breiten Massen fordern. Diese Erklärung wurde mit im Namen der Zentrumspartei abgelesen, der Hunderttausende Arbeiterwählerstimmen gehören. Der Sozialdemokrat Hirth forderte entsprechend der Parole der SPD, von der "gerechten Lastenverteilung, Ermäßigung einliger Massensteuern und der Lohnsteuer, die, wie die Umsatz- und Lohnsteuer, erst mit Hilfe der Sozialdemokratie in ihrer unerhörten Höhe eingeführt worden ist. Für die Kommunisten sprach Genosse Reubauer. Er kennzeichnete die riesigen Steuererlässe für die Besitzenden, die zum Ausgleich auf der anderen Seite von immer mehr ansteigender Belastung der werktätigen Massen begleitet seien. Dabei hob er besonders hervor, daß sich diese Lasten mit der immer wachsenden Forderung der Orientierung aus dem Dawesplan noch weiter steigern müßten. Dieser Vorkitz stellte er die proletarische Gegenüber und fordert die Arbeiter auf, den Ausweg, den die Kommunisten ihnen mit der Aufstellung des Sachverständigenrats der Arbeiter gezeigt hätten, zu beschreiten. Er rechnete mit der Politik des Zentrums ab und stellte gegenüber der SPD fest, daß nur die Kommunisten die allen Forderungen Wilhelm Liebknechts und August Bebel's: "Fort mit allen Klassenheuern!" weiter vertreten, während die SPD, als staats-erhaltende Partei mitlief, die Massen zu belasten.

Im Zellausschuß des Reichstages wurde die Zollvorlage der Regierung bzw. des Kompromisses der Regierungsparteien für Gemüse, Obst, Süßfrüchte behandelt. Wiederum sprachen die Regierungsparteien nicht zu den Zollpositionen. Die Debatte wurde lediglich von den Kommunisten und den linksbürgerlichen Parteien bestritten. Alle Änderungsanträge wurden abgelehnt und der Vorschlag der Regierung und ihrer Parteien von diesen angenommen. Hieraus ergibt sich, daß Gemüse, wie Blumenkohl, Kohlenkohl usw. als Luxusartikel behandelt und wie wirkliche Luxusartikel mit ungeschützten Zöllen belegt werden. Genau dasselbe geschieht mit Obst, Blumen usw.

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde die Amnestievorlage weiter behandelt. Alle Anträge der Kommunisten, die eine wirkliche Amnestie verlangen, wurden abgelehnt, ebenso alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten und Demokraten. Ein Antrag wurde angenommen, nach dem die unter Amnestie fallenden Gefängnis- und Festungsstrafen bis zu zwei Jahren (nach der Vorlage bis zu 1 Jahr) erlaßt werden sollen. Auf einen Antrag des Genossen Stöcker wurde dieser Vorschlag dahin abgeändert, daß auch auf längere Strafen als zwei Jahre diese zwei Jahre Strafmilderung voll angerechnet werden. Ein Antrag der Kommunisten, auch die Zuchthausstrafen mit einzubeziehen, wurde abgelehnt. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt. Die Kommunisten hoffen, nach weiteren Verbesserungen im Interesse der proletarischen politischen Gefangenen durchzusetzen.

Heute wie am letzten Sonntagabend erschienen im Reichstag eine Reihe Amnestielegationen aus den Berliner Gefängnissen. Diese 10 Arbeiter, die der SPD, der KPD, angehören oder parteilos sind, verhandeln in Gruppen mit den Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und der SPD, um diesen auseinanderzusetzen, daß die proletarischen Männer hinter der Forderung der KPD, auf Vollamnestie stehen.

Die Zentrumspitzen predigen den Zollwucher

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In dem Erdrösten, der sich wegen der Fülle zwischen SPD und Zentrum abspielt, tritt jetzt Adam Röber auf den Plan und will wissen, daß die Schutzzölle nicht nur für die Großindustriellen sondern für die mittleren und kleineren Bauern

unabhängig nötig seien. Unter diesem Vorwand klettert er sich allerlei neue Eingehändnisse. Er gibt zu, daß der Schutzzoll verschwendend wirkt, daß er "auch" dem Großagraren erhöhte Einnahmen verschafft, begründet das aber damit, daß eben die Landwirtschaft einen "ritischen Anspruch" auf "rechtmäßigen Lohn" habe. Und während seine Parteifreunde Thögen und Klöcker gemeinsam mit der Reichsregierung den neuen Anschlag auf Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse vorbereiten, laßt er davon, daß ein "gerechtes Steuerreform" eingeführt werden müßte, durch das die Einnahmen des Arbeiters gespart würden.

Die großartigen sozialistischen Redensarten sind die neue Taktik des Zentrums, das durch Verstrickungen und durch Versprechungen den Zorn der Arbeiterklasse von sich abzuwälzen sucht. Die Arbeiter haben einmal erfahren, was es damit auf sich hat. Das Zentrum wird niemals, auch wenn es Adam Röber heißt, die "wirklich Behingenden" antastet.

Aufruf!

Am Sonntag den 26. Juli wurde unser Genosse Emil Eichhorn mitten aus der Arbeit durch den Tod geraubt. Der Name des Genossen Eichhorn erinnert an die großen Traditionen unserer Partei und führt uns juristisch in jene Zeiten, in denen der linke Flügel der alten Sozialdemokratischen Partei durch seinen Kampf gegen den schleichen Opportunismus den Grundstein für die spätere Entwicklung der kommunistischen Partei gelegt hat. Auf besonders schwierigem Boden, als führender Funktionär der badischen Sozialdemokratie, als Chefredakteur der Mannheimer Volksstimme und badischer Reichstagsabgeordneter führte Emil Eichhorn schon zu Beginn dieses Jahrhunderts den Kampf gegen die Koll und Genossen, die schon zu jenen Zeiten offen den Klassenverrat predigten. Emil Eichhorn kämpfte damals in Baden scheinbar auf verlorenem Posten. Der Opportunismus legte, Eichhorn aber erkannte bereits in jenen Kämpfen die Haltheit und Schwäche des sogenannten marxistischen Zentrums und schloß sich der kleinen Gruppe der Linksozialisten an, die in den Jahren vor dem Kriege unter der Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings unabhängig bemüht waren, die Arbeiterbewegung in dem revolutionären Geiste von Karl Marx zu erziehen.

In den Tagen der Revolution ist der Name Emil Eichhorns für die Berliner Arbeiterklasse das Symbol eines proletarischen Führers geworden, der seine revolutionäre Ueberzeugung niemals und in keiner Situation preisgab. Koll und Eichhorn, diese beiden Namen drücken den ganzen abgrundtiefen Gegensatz zwischen der Entwicklung eines reformistischen Führers zum Volksfeind und Bluthund und der Entwicklung eines revolutionären Führers zum Vorkämpfer der kommunistischen Partei aus.

Die kommunistische Partei ehrt in dem Angehenden dem Halleischen Parteitag die Treue in allen schweren Zeiten gehalten. Die Partei, die er mit geschaffen hatte, stand ihm höher als das eigene Ich. Als wahrer Revolutionär verkörperte er noch in seinen letzten Lebensjahren jene proletarische Disziplin, die ihn in den wichtigsten Entscheidungen der letzten Jahre, besonders aber nach dem Oktober 1923, den richtigen Weg gehen ließen.

Die kommunistische Partei betri in dem Angehenden des Genossen Eichhorn ihre eigene ruhmreiche Vergangenheit. Der Name des Genossen Eichhorn gehört der Geschichte der proletarischen Revolution an.

Berlin, den 27. Juli 1925.
Zentralkomitee der KPD.
Kommunistische Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratischen Arbeiter rebellieren

Das Zentrum ist zu den Monarchisten und Zollräubern übergegangen. Nichtsdestoweniger rüßt der Parteivorstand der SPD zur "Verfassungsbewegung" gemeinsam mit dem "Reichsbanner", dem auch das zollräuberische Zentrum angehört. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die gestern erst gegen die schamlosen Volksausländereremonien demonstriert haben, sollen wenige Tage später mit eben denselben Kandidaten "Verfassung" feiern. Das wird jetzt aber den Arbeitern in der SPD zu viel! Die hoch die Erregung der antihändigen, christlichen proletarischen Elemente innerhalb der SPD, gezeiten ist, beweist ein Ausschnitt aus dem Bericht der Mitgliederversammlung der Breslauer Organisation der SPD, den die sozialdemokratische "Volksmacht" bringt. Sie berichtet (selbstverständlich "kritisiert"):

"Bei der Erörterung der Verfassungsfeier vom 11. August kommt es zu einer sehr lebhaften Debatte über die Frage, wie weit diese Veranstaltung durch das Reichsbanner noch gemeinsam mit anderen Parteien auch nur angelehnt werden dürfte. Die Ablehnung über einen dazu eingebrachten Antrag wird durch allgemeine Erregung unmöglich, die von Zwischenrufen des Genossen Schramm provoziert wird, der wiederholt behauptet, bei dieser Ablehnung gebe es um den Zollwucher! Der Vorsitzende behält dem Vorstand die Entscheidung vor und schließt die ausgedehnte Versammlung mit einem Hoch auf die Partei."

Der "Vorstand" wird "entschieden". Es wird in Frage gestellt werden müssen, ob sich die SPD-Arbeiter die "Entscheidungen" der Konzen gefallen lassen werden.

Der Kampf um die Amnestie geht weiter

Magdeburg, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Eine vom Ortsausschuß Eichhorn des ADGB einberufene öffentliche Protestversammlung gegen die Hungerzölle nahm einstimmig eine Resolution für die Vollamnestie an. Ein von Seiten des Bezirksrats der Halle, einem SPD-Mann, eingebrachter Zusatzantrag, der gegen Cominternland hefte, wurde gegen eine verschwindende Minderheit abgelehnt.

München, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung der Triumph-Werke Nürnberg (1900 Mann) protestierte in einem Telegramm an die Reichsregierung gegen den geplanten Amnestieertrag.

Mannheim, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterversammlung der freigewerkschaftlichen Kartelldelegierten, Betriebsräte und Vertrauensleute verlangte in einer Entscheidung an die Reichsregierung die Vollamnestie.

Kemnitz, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Ortsausschuß Kemnitz des ADGB faßte einstimmig eine Resolution, die die Arbeiter gegen den verabschiedeten Amnestieertrag

erhebt und von allen Abgeordneten im Reichstag und Verordnen Landtag, die den freien Gewerkschaften angehören, erwartet, daß sie rüchlos für die Vollamnestie einstehen.

Die deutsche Arbeiterdelegation in Sowjetrußland an den Gewerkschaftskongress

Moskau, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag hielt die deutsche Delegation vor ihrer Abreise, die sich zu einer ersten, mächtigen Freundschaftsbundung der Moskauer Arbeiterklasse gestaltet, eine Plenarsitzung ab und faßte einstimmig den Beschluß, den Breslauer Kongress des ADGB telegraphisch aufzufordern, eine offizielle Kongregation der deutschen Gewerkschaften nach der Sowjetunion zu entsenden, sobald zur Untersuchung der Lage des Landes und zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen den Gewerkschaften beider Länder. Aus verschiedenen Gebieten der Sowjetunion laufen Telegramme ein, mit denen die deutschen Arbeiterdelegation, die die Gebiete zu besuchen.

Gegen die drohende Kriegsgefahr

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Als Antwort auf Antikriegswochen fanden gestern in Berlin starbühnende Kundgebungen und Straßendemonstrationen statt. Eine Kundgebung veranstaltete der Hauptbezirk 8 am Landsberger Platz, eine Kundgebung fand in der "Neuen Welt" statt, wo Genosse Karl Fischer vor 5000 Teilnehmern sprach. Außerdem fand in dieser Versammlung Vertreter der polnischen und tschechischen Partei Griffe der Arbeiter ihres Landes.

Aufruf des internationalen Propaganda- und Aktionsausschusses der revolutionären Bauarbeiter

Moskau, 27. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Der Internationaler des internationalen Propaganda- und Aktionsausschusses der revolutionären Bauarbeiter richtet einen Aufruf an die Bauarbeiterverbände aller Länder. In dem Aufruf wird der Kampf der 130.000 Holzarbeiter hingewiesen und zur gegenseitigen Hilfeleistung aufgefordert:

"Wir fordern alle Brüdern zum einheitlichen Kampf um zur gegenseitigen Unterstützung auf. Die Bruderorganisationen der Bauarbeiter aller Länder fordern wir auf, ihren besten Brüdern eine moralische und materielle Hilfe zu leisten. Jeder Arbeiter in jedem beliebigen Lande und in jedem europäischen besonders muß dessen eingedenk sein, daß ein Sieg der deutschen Arbeiter einen Präzedenzfall für den wirtschaftlichen Druck seitens der Kapitalisten des eigenen Landes schafft. Eine unerzögliche Hilfe für die deutschen Bauarbeiter ist zugleich eine Selbsthilfe."

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiter!
Es lebe die Einheit des internationalen Kampfes!

Konsumverein Chemnitz unterstützt die kämpfenden Bauarbeiter

Chemnitz, 28. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Der Konsumverein für Chemnitz und Umgebung hat auf Antrag des gemeinsamen Streikleitung der Chemnitzer Bauarbeiter-Organisation beschlossen, jedem ausgesperrten Bauarbeiter, der dem Konsumvereins ist, unentgeltlich Brot und Lebensmittel zu geben.

Der "Reiter" beglückwünscht seinen Landwirt

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Scheitern der linksbürgerlichen, über die Vorgänge in der SPD orientierten "Berliner Volkszeitung" hat Scheidemann zu dem 60. Geburtstag ein herzliches Glückwunschtelegramm an die Burg erhalten.

Neue Stilllegungen im Ruhrgebiet

Berlin, 28. Juli. Die Morgenblätter melden aus Dortmund: Wegen Abgabemangel werden am 31. August auf der Zeche Dimonia der deutsch-lugensburgerischen Berg- und Hütten- u. G. 800 Mann zur Entlassung kommen. Diese Entscheidung ist weiter gezwungen, die Zeche Kaiser Friedrich am 1. September und die Zeche Glöckchen am 1. Oktober stillzulegen. Nach der Stilllegung der beiden Zechen werden etwa 3000 Beamte und Arbeiter beschäftigungslos.

17 neue Todesurteile in Bulgarien

Sofia, 28. Juli. (U. T. S. B.) Die großen Beschuldigten der letzten Tage sind beendet worden. In 1924 wurden zehn, in Chalosse vier, in Balkonien drei Angeklagte zum Tode verurteilt. Demnach beginnt in der Zeit Sumar der Ministerprojekte gegen 40 Angeklagte, von denen 130 Fällen die Todesstrafe verlangt wird. Auch die von der Ereignisse in Trunova im Jahre 1923 angeklagten Personen kommen demnach vor Gericht, wobei fünfshundert Personen als Angeklagte und zehntausend als Zeugen erscheinen werden. Es handelt sich um den größten Prozeß, den Bulgarien je gesehen hat.

Die Janlow-Justiz nimmt Formen an, die die Spitze der Grausamkeit erreichen. Es ist schon keine Justiz mehr, sondern eine regelrechte Abhaltung der regulären Arbeit und Bauern Bulgariens. Die Massenjustiz der Janlow-Justiz mit ihren unerhörten Terrorurteilen muß die Arbeiterschaft des ganzen Welt zur Gegenaktion emporkaffen.

Die Angst vor den Kommunisten

Berlin, 28. Juli. (Telunion.) Der Schriftführer des kommunistischen Blattes "Humanität" und 12 andere Kommunisten sind wegen Aufreizung von Mitgliedern des Heeres zu militärischem Ungehörigkeit unter Auflage gestellt.

Offensive Abd el Krims gegen die Spanier

Paris, 28. Juli. (Telunion.) Aus Tetuan wird gemeldet, daß Abd el Krim an der spanischen Front große Truppenmassen zusammengeworfen hat, und zwar soll es sich um seine besten Kampfeinheiten handeln. Abd el Krim ist bemüht, in der spanischen Zone mehrere aufständische Stämme herbei zu bringen um den Spaniern die rückwärtige Verbindung abzuschneiden. Alle Nachrichten sprechen dafür, daß Abd el Krim einen großen Angriff gegen die Spanier vorbereitet und diesen von der französischen Front reguläre Truppen zurückzuführen hat. Die Rückzugsbewegung der Rifisten in den letzten Tagen scheint auf die Umgruppierung des Rifisten zurückzuführen zu sein. In Zusammenhang mit diesen Bewegungen sind wohl auch die spanischen Erfolge zu erklären.